

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetale 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Druckanordnungen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 3 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Klarsicht und Wahrheit

Klarsicht ist ein unschätzbare Gut. Man weiß damit, woran man ist, und sie gibt die Unterlage zu zweckmäßigem Handeln. Darin liegt ein unerschütterliches Vorteil. Diesen Vorteil haben uns unsere Feinde verschafft, sie haben endlich klipp und klar gesagt, was sie wollen. Die Antwort unseres Kaisers an das deutsche Volk gibt die Richtung, die wir in Zukunft beschreiten. Man braucht mit dem, was der nordamerikanische Präsident Wilson und gegenüber gegen, nicht einverstanden zu sein. Ohne Zweifel hat er sich nunmehr ein großes Verdienst um das deutsche Volk erworben. Er hat die Feinde veranlaßt, zu sagen, was sie wollen, damit wir endlich klar sehen.

Was wollen denn nun eigentlich unsere Feinde? Bislang haben sie nur von deutscher Eroberungspolitik geredet, sich selbst aber haben sie als harmlosen Diebemann hingestellt, der den Kampf nur gezwungen führt im Interesse der Zivilisation und Kultur. Nun ist die Maske gelüftet, das Gegenteil steht vor uns, das wir bisher immer vernahmen mußten.

In der Note der Entente an den Präsidenten Wilson heißt es, daß ihre Kriegsziele sind „in erster Linie die Wiederherstellung Belgiens, Serbiens und Montenegros, die ihnen geschuldeten Entschädigungen, die Räumung der besetzten Gebiete von Frankreich, Rußland und Rumänien mit den gerechten Wiedergutmachungen, die Reorganisation Europas, Bürgschaft für ein dauerhaftes Regime, das sowohl auf die Achtung der Rationalität und die Rechte aller kleinen und großen Völker begründet ist wie auf territoriale Abkommen und internationale Regelungen, welche geeignet sind, die Land- und Seegrenzen gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, die Zurückgabe der Provinzen und Gebiete, die früher den Alliierten durch Gewalt oder gegen den Willen ihrer Bevölkerung entzogen worden sind, die Befreiung der Italiener, Slaven, Rumänen, Tschechen und Slowaken von der Fremdherrschaft, die Befreiung der Bevölkerungen, welche der blutigen Tyrannnei der Türken unterworfen sind, und die Entfernung des Osmanischen Reiches aus Europa, weil es zweifellos der westlichen Zivilisation fremd ist. Die Absichten Seiner Majestät des (russischen) Kaisers bezüglich Polens sind klar und durch die Proklamation kundgegeben, welche er an seine Armeen gerichtet hat.“

„Wenn die Alliierten“, so heißt es in der Note alsdann weiter, „Europa der brutalen Begierde des preussischen Militarismus entreißen wollen, so war es selbstverständlich niemals ihre Absicht — wie man vorgegeben hat —, die Vernichtung der deutschen Völker und ihr politisches Verschwinden anzustreben. Was sie vor allem wollen, ist die Sicherung des Friedens auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit, der unerschütterlichen Treue, welche die Regierung der Vereinigten Staaten stets befolgt hat.“ Das ist volle Klarsicht. Und diesen Forderungen ersticht das deutsche Volk und ebenso seine Verbündeten, worum es geht.

Endlich aber haben wir auch Wahrheit. In wie unendlicher Weise hat England und seine Gefolgschaft die neutrale Welt belogen und betrogen. Deutschland wurde der Welt Eroberungslust bezichtigt, das sich alle übrigen Staaten als Vasallen untertänig machen wollte. Eine deutsche Gewalt Herrschaft wurde in den abschreckendsten Formen konstruiert und dann der neutralen Welt gesagt: seht, das ist das, was Deutschland will, wollt ihr neutrale Staaten dieses auf euch nehmen oder wollt ihr nicht mit uns kämpfen gegen diese „Barbaren“ und „Welt-erobrer“?

Und nun das wahre Gesicht. Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und die Türkei, sie sollen zerstört und aufgeteilt werden. Mehr steht nicht in den Forderungen, aber auch nicht weniger. Deutschland soll Elsaß-Lothringen, östliche Provinzen, vielleicht noch etwas mehr abgenommen werden, die Franzosen träumen ja immer vom linken Rheinufer. Auch belgische Absichten auf Köln sind laut geworden. Oesterreich-Ungarn soll überhaupt aufgeteilt werden. Rumänien, Serbien und Montenegro will die Entente wiederhergestellt sehen. Natürlich richtet sich dieses in erster Linie gegen Bulgarien. Die Türkei soll aus Europa hinausgefegt werden, sie soll überhaupt verschwinden, denn dies ist Englands Wille. Von den deutschen Kolonien ist keine Rede. Vielmehr betrachtet sie England schon als sein unbestrittener Besitz. Dann folgen noch die Forderungen auf Entschädigungen und Wiedergutmachungen. Was dieses zu bedeuten hat, wird jedem Einsichtigen klar sein.

Es ist vielfach gesagt worden, daß England keine Forderungen für sich selbst erhoben habe. Von der englischen Presse wird dieses als Selbstbescheidung gefeiert. Dafür liegt keine Veranlassung vor, denn alle die aufgestellten Forderungen liegen mehr oder weniger ausschließlich im Interesse Englands.

Englands erstes Kriegsziel ist, Deutschland zu schwächen, um so das berühmte „Gleichgewicht“ auf dem Kontinent wiederherzustellen, mit anderen Worten gesagt, daß kein Staat so stark werden dürfe, daß er Englands Macht gefährde. Sie sollen möglichst gleichmäßig sein. Einer von England geschürten Rivalität bleibt das übrige vorbehalten. Je nachdem es die Lage dann erfordert, stellt sich England auf die Seite des einen oder anderen Staates. Stets werden ein oder mehrere Staaten benutzt, um in Englands Interesse den anderen Staat niederzuhalten. Das sprechendste Beispiel dafür ist die englische Einkreisungspolitik gegen Deutschland und der gegenwärtige Weltkrieg. Ohne Englands Willen wäre er niemals zum Ausbruch gekommen.

Ein zweites Hauptkriegsziel Englands liegt auf dem Balkan. Auch die kleineren Balkanstaaten sollen sich gegenseitig niederhalten, keiner soll deshalb die Vormacht erringen. Vor allem aber Vernichtung der Türkei. Eine lebensfähige Türkei bedroht die englischen Interessen in Nord-Afrika und in Indien aufs gefährlichste. Der Sueskanal wird gegenwärtig schon von den Türken bedroht. Ein ausgedehntes Eisenbahnnetz gegen Ägypten hin und nach dem Persischen Golf wird erst den Türken gestattet, ihre Kräfte in besserem Maße zur Anwendung zu bringen, wie dieses augenblicklich der Fall ist. Daher der Kampf Englands gegen das deutsche Bagdadbahn-Unternehmen. Eine wirtschaftlich und finanziell konsolidierte Türkei würde die reichen Kräfte des Landes zur Entfaltung zu bringen imstande sein. Deutsche Hilfe dazu ist gewährleistet. Dieser herausragenden Gefahr, der Bedrohung der englischen Welt Herrschaft an ihrem empfindlichsten Nerv, sucht England durch die Zerstörung der Türkei zu begegnen. Deshalb verspricht's den Russen Konstantinopel und selbst die Darbanellen. Freilich würde England schon Vorsorge treffen, daß die russische Herrschaft am Bosporus nicht allzu stark würde.

Diese Kriegsziele sind klar und eindeutig. Sie zeigen Deutschland, wohin der Weg geht. Die Verwirklichung dieser Ziele würde das deutsche Volk zu einem Bettelvolk herabwürdigen, alle übrigen Staaten würden Vasallen Englands werden, selbst seine heutigen Verbündeten. England hätte damit auf die nächsten hundert Jahre seine Welt Herrschaft aufs neue besichert.

Ihre solche Forderungen aufstellt, und ganz mit der ausdrücklichen Begründung des Rechts der kleinen

Nationen auf Freiheit und Selbständigkeit, unter der Berufung auf Zivilisation und Kultur, wer dieses aufstellt, von dem muß man verlangen, daß er zunächst selbst so handelt. Davon nicht die geringste Spur. Die feindlichen Herrschaften sind nicht gern an eine solche Verpflichtung erinnert. Die deutsche Antwortnote an Wilson hat sie in entsprechender Weise abgeführt. Sie, insbesondere England, wurden auf Irland, die Burenrepubliken, auf Afrika und Indien hingewiesen. Die Eroberungspolitik Englands liegt zu klar zutage, — aber dieses gilt ja immer als ein Vorrecht Englands. Frankreich fordert Elsaß-Lothringen. Mit welchem Recht? Sind diese Provinzen nicht ehemals den Deutschen geraubt? Genug davon. Alles, womit unsere Feinde ihre Forderungen begründen, sind weiter nichts wie elende Phrasen, die ihre Eroberungslust bekämpfen und beschönigen sollen.

Wer solche Forderungen aufstellt, der sollte allerdings etwas weiter sein, als es unsere Feinde auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen sind. Ein Blick auf die Kriegslinie lehrt uns, daß wie froh wir die Ungehörigkeiten dieses in die Zukunft schauen können. Holt's euch, was ihr haben wollt, können wir unseren Feinden zurufen, ihr werdet uns gerüstet finden. Das deutsche Volk weiß nunmehr klarer denn je, wofür es kämpft. Der Ruf des Kaisers war ihm aus tieferer Seele gesprochen. Die begeisterten Zustimmung an allen Tagen zeigen die Entschlossenheit des deutschen Volkes. Unsere Feinde haben uns einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Wenn hier und dort der Mut schwanken wollte, nunmehr ist er wieder neu entfacht. Die Bewohner der feindlichen Länder aber sollen erst noch den Beweis liefern, daß sie für diese aufgestellten Kriegsziele zu kämpfen bereit sind. Nach dreißig Monaten Kriegszeit kann man berechnete Zweifel darüber haben, ob bei ihnen der Wille dazu vorhanden ist. Wir haben in Deutschland gewiß mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, wir sind uns indes sicher, daß sie in den feindlichen Staaten, wenn auch vielleicht in dem einen oder anderen abweichend, nicht geringer sind. Da wird die Lust, sich für solche Kriegsziele einzusetzen, merklich geringer.

Klarsicht und Wahrheit! Beides haben jetzt das deutsche Volk und seine Verbündeten in aller Gründlichkeit. Und werkl müssen wir allen zurufen, die berufen sind, den Widerstand des Volkes zu festigen und zu beleben. Nun erst mit aller Energie aufgefaßt, wir wissen, daß es um alles geht, um Kopf und Krone. Die nächsten Monate werden die schwersten Schicksalsentscheidungen bringen. Wir haben die zuberstehende Hoffnung, daß Deutschland und seine Verbündeten sie mit Ehren bestehen werden. Wir glauben an die Kraft des deutschen Volkes, vertrauen auf seine Zuversicht und auf die Führer unserer Armeen, Hindenburg und Ludendorff, die den Erbfeinden Notizen durchschlägen werden.

Eine Rundgebung

Die Arbeiter- und Angestellten-Organisationen haben an den Reichstagen folgendes Schreiben gerichtet:

„Wir, Sozialen haben am 12. Dezember 1916 im Deutschen Reichstage das Friedensangebot Deutschlands und seine Verbündeten verurteilt, das volle Zustimmung in den Kreisen der Arbeiter und Angestellten Deutschlands fand. Das bewies die feurige Aufnahme der Forderung des Friedensangebots in der von 800 Delegierten der Gewerkschaften und Angestellten-Organisationen besuchten Konferenz, die am dem gleichen Tage in Berlin stattfand.“

Die Gegner Deutschlands müssen die Forderungen des Volkes nicht zerschlagen. Auch die Friedensbewegung hat Recht.

Denken der Vereinigten Staaten von Amerika wurde von ihnen abgewiesen.

In der Antwort der Entente auf diese Friedensnote werden Kriegsziele aufgestellt, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten zu erreichen sind.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Die unsinnigen Forderungen der Entente hätten nur unter der Annahme aufgestellt worden sein, daß die militärische und wirtschaftliche Kraft Deutschlands bereits gebrochen sei.

Daß die militärische Kraft Deutschlands nicht gebrochen ist, bedarf angesichts der Kampffronten keiner Erörterung.

Nach die wirtschaftliche Kraft ist keinesfalls erschöpft. Wir verkennen nicht, daß die Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt und die unzureichende Regelung der Verteilung der in Deutschland vorhandenen Nahrungsmittel weite Schichten der arbeitenden Bevölkerung in eine Notlage gebracht haben. Angesichts der Zukunft, die dem deutschen Volke nach den Kriegszielen der Entente droht, ist es dringend geboten, die gerechte Verteilung der vorhandenen Ernährungs- mittel zu sichern. Dann wird die Not ertragen werden, um so leichter, wenn das Bewußtsein vorhanden ist, daß sie alle Schichten des deutschen Volkes in gleicher Weise trifft.

Die Antwort der Entente behält jeden Zweifel darüber, daß Deutschland sich in einem Verteidigungs- kriege befindet. In der vollen Erkenntnis, daß es sich um die Existenz unseres Landes und seiner Bevölkerung handelt, werden wir alle Kräfte des arbeitenden Volkes zur äußersten Kraftentfaltung anregen.

Am 12. Dezember 1916 ist von den Regierungen Deutschlands und seiner Verbündeten der Vorschlag gemacht, dem ungeheuren Blutergießen durch Friedensverhandlungen ein Ende zu bereiten. Sie erklärten, daß ihre Wünsche Rechte und Pflichten sind, die in einem friedlichen Verstand zu den Rechten der anderen Nationen stehen. Waise, Ehre und Entscheidungsfreiheit der Völker sollen gesichert und dadurch die Grundlage für einen dauernden Frieden geschaffen werden.

Die Gegner Deutschlands lehnen Friedensverhandlungen auf dieser Grundlage ab. Sie zwingen die dem Frieden herbeistrebenden Völker, die Verwüstung von Menschenleben und Kulturgütern fortzusetzen.

In dieser Lage erklären wir, daß es heiligste Verpflichtung für uns ist, in verstärktem Maße unsere Kräfte in dem Kampf um die Existenz unseres Landes einzusetzen.

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, gez.: E. Legien.

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, gez.: L. Siegerwald.

Verband der deutschen Gewerksvereine (V.D.), gez.: Gust. Hartmann.

Arbeitsgemeinschaften der kaufmännischen Verbände, gez.: Giesner.

Arbeitsgemeinschaft für einheitliches Angestelltenrecht, gez.: S. Aufhäuser.

Arbeitsgemeinschaft für die technischen Verbände, gez.: Dr. Hoffe.

Darauf ist folgende Antwort eingegangen:

Den Verbänden, die sich zu dem Schreiben vom 11. d. M. vereinigt haben, danke ich von Herzen für die kraftvolle Kundgebung ihres entschlossenen vaterländischen Willens. Ich weiß, daß in Ihrem Schreiben die Gedanken von Millionen unserer Volksgenossen Worte gefunden haben. Die Heimat, an der wir hängen, die Zukunft, an der wir bauen, sie wären in Trümmern ge- fallen, wenn der Feind sein Ziel erreicht. Mit jedem Tag enthält er schamloser die Absichten, die auf die Vernichtung Deutschlands und seiner Bundesgenossen abzielen. Keiner Erörterung aber, und mag er über alle Macht der Welt verfügen, er ist besiegelt, das deutsche Volk in ein Schicksal zu werfen. Er ist im Kampf mit uns, er ist ein Feind, der niemals fremdes Recht anerkennen wird, er ist ein Feind, der niemals fremdes Recht anerkennen wird, er ist ein Feind, der niemals fremdes Recht anerkennen wird.

„Berlin, 16. Januar 1917.

Die Antwort der Entente auf die Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika stellt Kriegsziele auf, die nur nach einer völligen Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten erreicht werden können.

Ihre Erfüllung müßte den wirtschaftlichen Ruin Deutschlands und die Vernichtung der Existenz vieler hunderttausend Arbeiter und Angestellten und deren Familien herbeiführen.

Eure Excellenz haben in der Konferenz der Vertrauensleute der Gewerkschaften und Angestelltenverbände am 12. Dezember 1916 gesagt, daß der Ausgang des gegenwärtigen Krieges von der Organisation der Arbeit abhängt.

Diese Organisation soll durch das Gesetz betreffend den Vaterländischen Hilfsdienst herbeigeführt werden. Sie dient dem Schutze unserer an den Fronten kämpfenden Söhne und Brüder. In dieser Erkenntnis haben die Arbeiter- und Angestellten-Organisationen ihre tatkräftigste Mitwirkung bei der Durchführung des Gesetzes nicht nur zugesagt, sondern auch betätigt.

Angesichts der rücksichtslosen Zurückweisung des Friedensangebots Deutschlands und seiner Verbündeten sowie der Friedensnote des Präsidenten der Vereinigten Staaten seitens der Entente fühlen wir uns verpflichtet, Eure Excellenz zu erklären, daß wir alles daran setzen werden, den vollen Erfolg des Gesetzes zu sichern und die Pläne der Gegner Deutschlands zu vereiteln.“

General Gröner antwortete: „

„Berlin, 17. Januar 1917.

Ihr Schreiben vom 16. Januar 1917 ist die beste Antwort der deutschen Angestellten und Arbeiterschaft auf die schamlosen Kundgebungen unserer Feinde.

Das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen. Der englische Hochmut wird sich wohl oder übel davon überzeugen müssen.“

Die Christlich-nationale Arbeiterschaft an den Kaiser

Se. Majestät dem Deutschen Kaiser

Großes Hauptquartier.

Ew. Majestät bitten die im Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses vereinigten Verbände der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung den Ausdruck ihres Dankes aussprechen zu dürfen für die stammenden Worte, die Ew. Majestät in der jüngsten Kundgebung an das deutsche Volk gerichtet haben. Nachdem Ew. Majestät Bemühungen zur Herbeiführung eines die Entwicklung der beteiligten Völker sicherstellenden Friedens schroff und höhnisch zurückgewiesen wurden, gilt es durch des Schwertes Macht dem Deutschen Reiche die Stellung im Rate der Völker zu erzwingen, die ihm von Gottes und von Rechts wegen zusteht. Die Mitglieder unserer Verbände in der Heimat werden alles aufbieten zur Schaffung des Kriegsmaterials, das die kriegsführende Armee zu ihrem eigenen Schutze und zur Abwehr aller feindlichen Anschläge benötigt, und sind bereit, alle unvermeidbaren Opfer zu bringen, die des Reiches Bestand, Sicherheit und zukünftige Entwicklungsfreiheit bis zum ehrenvollen Abschluß dieses Völkerringens erfordern.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses, Franz Behrens, Pariser Straße 11.“

Darauf ging folgende Antwort ein:

„Se. Majestät der Kaiser und König haben das Gebot treuer Kriegshilfe im Felde und in der Heimat mit Befriedigung entgegengenommen und lassen den Christlich-nationalen Arbeiterverbänden herzlich danken.“

Geh. Kabinettsrat v. Valentini.“

Arbeitswechsel und Hilfsdienstgesetz

Das Kriegsamt tritt amtlich mit: Von verschiedenen Stellen wird berichtet, daß in der Arbeiterschaft kriegswirtschaftlicher Betriebe sich neuerdings eine stärkere Reizung zur Abwanderung bemerkbar macht. Zwar wollen die Arbeiter nicht die Kriegswirtschaft überhaupt verlassen, nur in andere Wirtschaftszweige übergehen. Diesem findet man sich nur das Verbot des Arbeitswechsels innerhalb der Kriegswirtschaft selbst. Aber auch ein solcher Wechsel hat, wenn er gezwungen und in großem Umfange erfolgen sollte, eine starke Nebenwirkung. Er führt nicht bloß durch die mit der Verlagerung der Arbeitsstelle verbundenen Kosten, sondern auch durch die ungenutzte Zeit der Arbeiter, die dem Vaterländischen Hilfsdienst zum Heil des Volkes gefehlt sind.

mung nachzugehen, um ihnen in zweckdienlicher Weise entgegenzuwirken.

Weshalb erstreben die Arbeiter den Arbeitswechsel? Weil sie an der neuen Stelle mehr zu verdienen hoffen, weil sie mit ihrer Familie, von der sie getrennt sind, zusammenziehen und dadurch selbst bei gleicher Lohnhöhe billiger leben können, weil sie überhaupt aus der Fremde in die Heimat und die heimischen Verhältnisse zurückkehren möchten. Das kann man ihnen an sich nicht verdenken, und deshalb wird man, wenn man sie trotz- dem in der bisherigen Arbeitsstelle festhalten will, alles tun müssen, was ohne Beeinträchtigung anderer berechtigter Interessen gesehen kann, um ihnen den Entschluß des freiwilligen Verbleibens zu erleichtern. Die Arbeitgeber also, die ihre Arbeiter behalten wollen, werden zunächst zu prüfen haben, ob und wie weit sie die von ihnen bisher gewährten Löhne im Hinblick auf die Kriegsteuerung zu steigern in der Lage sind. Zwar kann nicht verlangt werden, daß die sprunghafte Entwicklung der Lohnverhältnisse, wie sie in manchen, zeitlich begrenzten Industrien eingetreten hat, von anderen mitgemacht wird, die als Dauerbetriebe auf eine stetige Entwicklung dieser Verhältnisse Bedacht nehmen müssen. Aber eine den Zeitumständen Rechnung tragende Ange- messenheit der Löhne ist unter allen Umständen herzu- stellen, Lohnrückläufe ebenso wie Lohntrieberei zu vermeiden. Ferner ist auf den doppelten Haushalt aus- wärtig wohnender Arbeiter bei der Bemessung des Arbeits- entgelts Rücksicht zu nehmen. Erleichtert wird das durch den Erlaß des Reichsanzlers vom 9. Januar 1917, der vorschreibt, daß bei dem Ausgleich zwischen dem bis- herigen Einkommen eines von Heeresdienst zurückge- stellten und seinem augenblicklichen Arbeitsverdienst ein Betrag von 2 M für den Tag für den Unterhalt der Familie eingestellt wird. Über auch darüber hinaus wird für die Fälle des Doppelhaushalts die Gewährung einer ausreichenden Familienzulage durch den Arbeit- geber ins Auge zu fassen sein. Endlich sind auch die übrigen Arbeitsbedingungen, insbesondere hinsichtlich der Unterkunft und Ernährung unter den gleichen Gesichtspunkten einer Nachprüfung zu unterziehen und, soweit möglich, in entgegenkommender Weise auszugestalten. Ganz unstatthaft aber sind die Versuche von Arbeit- gebern, in unlauterer Weise Arbeiter anderen Betrieben absperrig zu machen und für sich heranzuziehen. Ein solches Verfahren, das die Beunruhigung in die Arbeit- schaft geradezu hineinträgt, verkennt völlig die Gesamt- lage des Wirtschaftslebens, ist nicht scharf genug zu beurteilen und muß unbedingt unterbleiben. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß eine einfache Ueber- legung und der vaterländische Sinn der Arbeitgeber von selbst solche Mißbräuche abstellen werden.

Werden diese Richtlinien innegehalten, so muß auf der anderen Seite aber auch von den Arbeitnehmern erwartet werden, daß sie, sofern ihre Arbeitsbedingungen als gerecht und billig anzuerkennen sind, nicht bloß deshalb auf die sofortige Auflösung des Arbeitsverhält- nisses dringen, weil sie es anderwärts noch besser haben können. Ein solches Verhalten wäre mit den Zwecken des Hilfsdienstgesetzes, die doch schließlich für unser gesamtes Wirtschaftsleben und alle an ihm Beteiligten den Ausschlag geben müssen, schlechthin unvereinbar. Das wird jeder verständige Arbeiter, der sich diese Zwecke wirklich klar gemacht hat, einsehen. Immerhin wäre auch hier die Weisung durch die Organisationen als wert- volle Unterstützung zu begrüßen.

Ein besonderes Wort muß den in der Kriegswirt- schaft beschäftigten zurückgestellten Wehrpflichtigen, den sogenannten Reklamierten, gewidmet werden. Für sie gilt der Satz: Wehrpflicht geht vor Hilfsdienstpflicht; Heeresdienst vor Hilfsdienst. Sie sind von der Erfüllung der Wehrpflicht und der Leistung des Heeresdienstes nur so lange entbunden, als ihre anderweitige Beschäftigung für das Vaterland noch wichtiger ist als der Dienst im Heere. Sobald diese Voraussetzung wegfällt, könnte es die Heeresverwaltung gar nicht verantworten, sie nicht wieder in den Heeresdienst einzustellen, in den sie von Hause aus gehören. Die Voraussetzung ihrer Zurück- stellung entfällt aber unter Umständen auch dann, wenn sie nicht mehr gerade an derjenigen Stelle arbeiten, für die sie nach ihren besonderen Fähigkeiten als Fach- arbeiter entweder zurückgestellt oder doch besonders not- wendig sind, sondern an einer anderen Stelle, an der sie leichter ersetzt werden können. Sie hätten also in solchen Fällen die Wiedereinziehung zu gewärtigen, nicht etwa aus Rücksicht auf den Arbeitgeber, sondern lediglich aus militärischen Rücksichten. Für die Erledigung von Unstimmigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeit- gebern und einen sich daraus ergebenden Arbeitswechsel verbleibt auch den Reklamierten der Schutz des Hilfs- dienstgesetzes und der darin vorgesehenen Ausschüsse. Für übrigen wird Sorge getragen werden, die natürlichen und begründeten Wünsche der Reklamierten schon bei der Zurückstellung oder doch späterhin durch Austausch nach Möglichkeit zu erfüllen. Nur kann dies nicht auf ein- mal geschehen, sondern verlangt, da es planmäßig er- folgen muß, eine gewisse Zeit.

Die Arbeiter, und zwar sowohl die Reklamierten wie die übrigen, können hiernach gewiß sein, daß ihre berechtigten Interessen gewahrt und geschützt werden, soweit es im Bereiche der durch die Ansprüche der Zeit begrenzten Möglichkeit liegt. Sollte es trotzdem zu Unbilligkeiten kommen, so werden sie gut tun, nicht sofort den Ablehrenden zu fordern, sondern zunächst die Vermittlung des Vorstehenden des Schlichtungsausschusses oder der Kriegsamtsstelle anzurufen, die ihnen nicht verweigert werden wird. Bei gutem Willen aller Teile wird es unschwerlich gelingen, auch im Einvernehmen aller Teile und ohne Zwang die großen Aufgaben zu lösen, die dem Vaterländischen Hilfsdienst zum Heil des Volkes gestellt sind.

Allgemeines

Das Eiserne Kreuz erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier **Fritz Achenbach** aus Nieder-Dieten, Mitglied der Zahlstelle Siegen; **Johann Rischmann**, Mitglied der Zahlstelle Raeren, Stultkauer; Unteroffizier **Anton Wille** aus Neuhaus und Unteroffizier **Anton Ewe** aus Wever, Mitglieder der Verwaltungsstelle Paderborn; Gefreiter **Wih. Bellinghoff**, Mitglied der Zahlstelle Geesen, Wehrmann **Jungfermann**, Mitglied der Zahlstelle Wien i. B.; **Heinrich Müller** aus Gröfchau, Mitglied der Zahlstelle Landeshut i. Schl.; **Wih. Miegner**, Mitglied der Zahlstelle Schönlanke; **Wih. Leffler**, Mitglied der Zahlstelle Floh; **R. Theodor Seiberts**, Mitglied der Zahlstelle Weilon; **Johann Lehmann**, Mitglied der Zahlstelle Radibor; **Moritz Göt**, Mitglied der Zahlstelle Dortmund; **Hermann Rosen**, Mitglied der Zahlstelle Cöln, Maurer; **Albert Schmidt**, Mitglied der Zahlstelle Wiesdorf; **Heinr. Willekin**, Mitglied der Zahlstelle Cöln-Mippes; **Bernhard Geros** und **Jakob Klein**, Mitglieder der Zahlstelle Cöln-Eilz. Zu Unteroffizieren befördert wurden die Kollegen **Karl Rhein** und **Hermann Graul**, Mitglieder der Zahlstelle Hörbe, zum Wajeseldweibel befördert wurde Kollege **Hofmann**, Mitglied der Zahlstelle Dortmund.

Bestandsaufnahme unserer Getreidevorräte. Um einen Überblick über die vorhandenen Vorräte an Brotgetreide und Mehl, Gerste, Hafer und Hülsenfrüchten zu gewinnen, soll am 15. Februar 1917 eine Bestandsaufnahme bei den Erzeugern und Kommunalverbänden stattfinden. Ueber die Einzelheiten der Erhebungen werden die Landeszentralbehörden das Erforderliche alsbald bekanntgeben. Um eine möglichst vollständige Erfassung der Bestände sicherzustellen, ist dem Kommunalverbande zur Pflicht gemacht, bis Ende Februar eine Nachprüfung der gemeinbeweise erfolgten Erhebung der Vorräte durch Beamte oder beehdizte Vertrauensleute vorzunehmen. Unrichtige Angaben der Anzeigepflichtigen sind mit Strafen bedroht.

Die Lebensmittelsteuerung in England. Wie die vom englischen Handelsamt herausgegebene Monatszeitschrift „Labour Gazette“ im Dezemberheft v. Js. mitteilt, waren am 1. Dezember 1916 in den größeren Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern die Eier um 170 vom Hundert, der Zucker um 173, Fische um 147, Kartoffeln um 130, Fleisch um 59-121, Mehl um 81, Brot um 76, Butter und Käse um 68 und Milch um 55 v. H. teurer als am 1. Juli 1914, also als kurz vor dem Kriege. Gegenüber dem 1. November 1916 wuchs die Verteuerung bei den Eiern von 139 auf 170 v. H., beim Käse von 56 auf 68, beim Mehl von 72 auf 81, bei der Butter von 60 auf 68, bei den Kartoffeln von 123 auf 130 und beim Brot von 69 auf 76 v. H. Da die Preissteigerungen in den kleineren Städten und auf dem Lande in der Regel nicht ganz so hoch sind wie in den größeren Städten (für Mehl ist die Verteuerung auf dem Lande aber höher als in den Städten), so sind die Durchschnittspreise für Großbritannien insgesamt etwas niedriger als die für die Städte mit über 50 000 Einwohnern angegebenen Preiserhöhungen. Doch stellt sich die Verteuerung der Lebensmittel im November nach den Berechnungen für Großbritannien insgesamt fast ebenso hoch wie für die großen Städte. Sie stieg z. B. vom 1. November zum 1. Dezember für Eier von 138 v. H. auf 178, für Käse von 57 auf 68, für Mehl von 76 auf 85, für Kartoffeln von 104 auf 112, für Butter von 61 auf 68 und für Brot von 65 auf 71 v. H. Nur beim Preis der Fische, der am 1. November im Landesdurchschnitt um 132 v. H. höher war als vor Kriegsausbruch, macht sich ein kleiner Rückgang auf 126 v. H. geltend.

Städtische Prämien. Nicht weniger als 500 000 M. hat der hannoversche Viehhandelsverband zur Förderung der Viehzucht für das Jahr 1917 bewilligt. Der Zweck ist löblich. Man wird aber gleichwohl fragen dürfen: Wieviel habe und ganze Millionen verdient dieser Verband überhaupt, wieviele Millionen verdient die Gesamtheit der Viehhandelsverbände, und sind diese auf Kosten des Verbandes gemachten Verdienste nötig? Müssen wir unter dem Druck besonders hoher Fleischpreise, damit ausgerechnet die Viehhändler die Viehzucht unterstützen können? Ist diese Unterstützung nicht vielmehr Sache der Landwirtschaftsministerien, die ja über entsprechende Gelder verfügen?

Bier-Höchstpreise. Wie in der Tagespresse mitgeteilt wird, ist es sicher, daß Höchstpreise für die Bierhersteller, also für die Brauereien, kommen. Als Höchstpreis sind 32 M für den Hektoliter in Aussicht genommen. Endgültig ist aber die Festsetzung noch nicht. Nicht ganz ausgeschlossen ist es, daß noch etwas niedriger gegriffen wird. Diese Höchstpreisfestsetzung erfolgt, um die Gewinne der Brauereien einigermaßen zu beschränken. Dagegen werden Höchstpreise für den Bierauschank wahrscheinlich nicht bestimmt werden, obgleich die dem Erzeugungsbetrieb angehörenden Mitglieder des Reichstages, die auch zu dieser Frage gehört wurden, wiederholt ihrer Ansicht dahin Ausdruck gegeben haben, daß Höchstpreise für Bier nur dann Zweck hätten, wenn sie nicht nur für Brauereien, sondern auch für die Gastwirtschaften festgelegt würden. Wenn man ungeachtet dieser Auffassung sich entschließt, von Bierhöchstpreisen für die Gastwirtschaften abzusehen, so geschieht das, weil man der Ansicht ist, daß wegen der großen Verschwendung der Bekhältnisse in den einzelnen Orten und Wirtschaften derartige Höchstpreise nicht durchführbar seien.

Hand in Hand mit den Höchstpreisen für Bier, die für Brauereien gelten werden, wird eine Verordnung gehen, die sich auf den Gehalt, auf die sogenannten Stammwerte des Bieres, bezieht. Hier war zu erwägen, ob man nicht nur einen Mindestgehalt des Bieres, sondern auch einen Höchstgehalt festsetzen sollte. Nach langen Verhandlungen hat man sich dahin entschieden, nur einen Mindestgehalt festzusetzen.

Englische Zeitungen über Deutschland. Die englische Zeitung „Globe“ schreibt in ihrer Nr. vom 1. Dezember v. Js. über die englischen Absichten gegenüber Deutschland: „Ob die Regierung es sich vergegenwärtigt oder nicht — fast scheint es, als ob dies nicht der Fall wäre! —, fest steht, daß das englische Volk entschlossen ist, den deutschen Parasiten zu verwehren, nach dem Kriege wieder die Luftsauger unseres Handels zu werden. Der deutsche Kaufmann hat dauernd versucht, unseren Handel zu stehlen und unser öffentliches Leben zu vergiften; in neun Fällen von zehn, wo die Ehre unseres Landes, die Stabilität unserer Institutionen oder die Sicherheit des Reiches bedroht war, ist die Arbeit des verräterischen deutschen Spions unverkennbar. In Wahrheit hat dieser Krieg bewiesen, daß der Deutsche das niedrigste und verachtungswürdigste Geschöpf des Menschengeschlechtes ist, ein durchtriebener Verräter, ein Mörder aus Liebe zum Mord, eine menschenähnliche Kreatur, die weder mit Freund noch Feind aufrichtig zu sein imstande ist; den Schwachen ein grausamer Tyrann, den Starken gegenüber ein ekelhafter Priecker. Wir verlangen, daß ein Gesetz geschaffen wird, wodurch unseren heutigen Feinden für den Zeitraum von fünfundsiebzig Jahren nach Friedensschluß der Aufenthalt in unserem Lande verboten wird. — Das ist gewiß „gläubig“.“

Die häßlichen Massenpeinungen. Das Ergebnis einer Umfrage des Kriegs Ernährungsamtes vom 10. Oktober 1916 an die Gemeinden mit 10 000 Einwohnern und mehr (572) liegt jetzt in einer Bearbeitung vor, bei der die Antworten von 357 Gemeinden zugrunde liegen. Der Eingang der Antworten geht noch weiter. A. In den 357 Gemeinden, die über Massenpeinungen berichten, sind 1457 Einrichtungen für Massenpeinung vorhanden; diese gliedern sich 1. nach dem Personenzusatz, für den sie bestimmt sind, in 1. solche für jedermann, a) 785 allgemeine Volksschulen, b) 72 sogenannte Mittelschulen; 2. solche für einen begrenzten Personenkreis, a) 125 Einrichtungen von Werken für Werksangehörige, b) 170 für Kinder und Kranke, c) 87 für Angehörige von Kriegsteilnehmern, d) 268 sonstiges (Minderbemittelte, Arbeiter usw.), 3. nach dem Träger der Einrichtung a) 589 die Gemeinden als Träger, b) 650 Vereine und bergl. als Träger, c) 73 Vereine und Gemeinden gemeinsam als Träger, d) 145 Private als Träger. B. Insgesamt können im Höchstfall täglich etwa 1 915 265 Portionen ausgegeben werden. Es sind tatsächlich in der Woche vom 2. bis 8. Oktober im Durchschnitt täglich etwa 958 721 Portionen ausgegeben worden. In 41 weiteren Gemeinden wird die Einrichtung von Massenpeinungen erwogen. 49 Gemeinden haben mitgeteilt, daß sie mangels Bedürfnisses solche nicht beabsichtigen. 120 Gemeinden haben noch nicht berichtet. Was die Gemeinden betrifft, die bisher Material nicht eingeschildet haben, so handelt es sich, soweit sich übersehen läßt, fast ausschließlich um kleinere Gemeinden (wenn auch über 10 000 Einwohner), die vielleicht noch keine oder nur unbedeutende Einrichtungen getroffen haben: jedenfalls dürfte das Endergebnis sich keinesfalls zu den jetzigen wie 572:357 verhalten. Bisher haben nur Städte der kleinsten behandelten Größenklasse in landwirtschaftlicher Umgebung angegeben, daß sich bei ihnen kein Bedürfnis nach Massenpeinungen ergeben habe. Was die Zahl der tatsächlich ausgegebenen Portionen betrifft, so ist nicht immer deutlich ersichtlich, wie die Gemeinden diese Zahl berechnet haben, ob sie halbe Portionen (z. B. für Kinder) als Portion gezählt haben in der Voraussetzung, daß die Zahl der gespeisten Personen erfasst werden soll; im ganzen dürfte dies jedoch keine wesentliche Rolle spielen.

Was erhofft der Arbeiterstand vom Friedensschluß?

Ueber dieses aktuelle Thema sprach Kollege Stegerwald auf einer vom christlichen Gewerkschaftskartell Groß-Berlin einberufenen, sehr gut besuchten Vertrauensmannkonferenz.

Der Frieden ist, so führte der Referent aus, seitdem die heutige Versammlung in Aussicht genommen wurde, in eine sehr weite Ferne gerückt worden. Die Antwort unserer Feinde ist derartig herausfordernd, daß an Frieden, wenn nicht Möglichkeiten eintreten, so bald nicht gedacht werden kann. In dieser Situation wäre es Theorie, im einzelnen zu erörtern, was die Arbeiterschaft eines Landes vom Frieden erwartet. Es kommt dabei auf den Ausgang des Krieges an. Deshalb sollen zunächst einige Fragen der Gegenwart uns beschäftigen. Zwei große Aufgaben obliegen uns für die nächste Zeit: 1. das Meer mit ausreichendem Kriegsmaterial zu versehen; 2. zu verhüten, daß wir einen Hungerfrieden schließen müssen. Um das Meer mit ausreichendem Kriegsmaterial zu versehen, wurde das Hilfsdienstgesetz geschaffen. Unsere Feinde sind uns mit ihren Hilfsvölkern, was die Zahl der Mannschaften anbelangt, bei weitem überlegen, wenn die Hilfsvölker auch nur als billiges Kanonenfutter betrachtet werden. Wir müssen deshalb alle Kräfte zusammenschaffen und mit Munition unsere wertvollen Menschen schonen. Da wir zum großen Teil auch unsere Verbindeten mit Kriegsmaterial versehen müssen, muß Deutschland gegenwärtig

Leistungen vollbringen, die noch kein Volk vollbracht hat. Um zu verhüten, daß wir einen Hungerfrieden schließen müssen, ist es notwendig, die Gesamtsituation ins Auge zu fassen. Gegenwärtig haben wir ein anderes System der Lebensmittelversorgung wie im Frieden. Im Frieden versorgt uns der freie Handel, jetzt haben wir die staatliche Bewirtschaftung und Versorgung. Zwei Gruppen treten bei der Beurteilung des Systems besonders hervor. Die eine Gruppe meint, daß lediglich das Brotgetreide als Grundstoff der menschlichen Ernährung unter staatlicher Leitung zu bewirtschaften sei, im übrigen habe alles mögliche zu geschehen zur Steigerung der Produktion, dann erledige sich Beschaffung, Preisfrage und Verteilung von selbst. Das ist jedoch nicht richtig, weil einmal die Produktion während des Krieges nicht ins Ungeheuer gesteigert werden kann, und weil der Handel jetzt die Bedarfsdeckung zu einem erträglichen und angemessenen Preise nicht befriedigen kann. Die zweite Gruppe steht auf dem Standpunkt, alles staatlich zu bewirtschaften. Alles soll beschlagnahmt, rationiert, verteilt und Höchstpreise festgesetzt werden. Auch dieses System ist nicht reiflos durchführbar. Es macht besondere Schwierigkeiten bei leicht verderblichen Waren. Es müssen mithin eine Anzahl Zwischenwege gegangen werden. Der Ausgangspunkt muß immer sein: Wie erzielen wir die größten Mengen an Lebensmitteln? Es werden dabei leiser Zwang, angemessene Preise, Beurlaubungen von Betriebsleitern und Landarbeitern, Zuweisung von Gefangenen sowie Kunstbrot, Zugtiere u. dgl. zusammenwirken müssen. Wir müssen uns die Tatsache einprägen, daß wir jetzt sehr viel Lebensmittel weniger im Lande haben wie im Frieden. Die Produktion geht naturgemäß zurück. Neben der Inlandsproduktion ist auch die ausländische Zufuhr an Lebensmitteln bedeutend zurückgegangen. Obwohl wir weniger im Lande haben, haben wir mehr Esser. Millionen unserer Heeresangehörigen verzehren jetzt an manchen Lebensmitteln mehr wie im Frieden. Dazu kommen die Gefangenen usw. An dem Grundsatz: Erst das Meer, dann die Zivilbevölkerung, muß festgehalten werden. Dies gilt auch für den gesamten Verkehr. Manche Störungen auf dem Gebiete der Lebensmittelfuhr sind besonders auf mangelhafte Verkehrsmittel zurückzuführen. Die Fronten haben sich vergrößert, das besetzte Gebiet ist zu versorgen, und was ein Millionenheer für einen Bedarf hat an Lebensmitteln, Futtermitteln, Munition, Geräten, was Truppenverchiebungen erfordern u. dgl., davon machen sich die wenigsten eine Vorstellung. Dazu kommt, daß wir während des Krieges von zwei innerpolitischen Unglücksfällen heimgesucht wurden. Das Jahr 1915 brachte eine schlechte Ärmnernte (etwa 180 Millionen Zentner weniger als 1913); das Jahr 1916 brachte eine schlechte Kartoffelernte (etwa 400 Millionen Zentner weniger als bei einer normalen Ernte). Der wirtschaftliche Polizeistaat ist nicht so gut durchführbar wie der politische. Versammlungsverbote, Verbot von Zeitungen, Zensur, Schußhaft, Briefzensur sind leichter möglich. Der wirtschaftliche Polizeistaat erfordert mindestens 1 1/2 Millionen volkswirtschaftlich geschulte Beamte, die wir nicht haben. Man steht also vor der Wahl zweier Uebel: Keine Regelung oder rohe Regelung! In solcher Situation greift man zur rohen Regelung, die natürlich angreifbar ist. Betrachtet man diesen Gesamtzusammenhang, wird man verstehen, daß das Kriegsernährungsamt während des Krieges nicht ein populärer Amt werden kann. Es hat alle Interessentensichten gegen sich. Der Gerichtsvollzieher wird ein so populärer Beamter wie der Geldriefträger. Nehmlich ergeht es dem Kriegsernährungsamt. Dabei ist zuzugeben, daß manches nicht so ist, wie es sein sollte und zum Teil auch könnte. Viele Landwirte liefern nicht alles ab, was sie entbehren können. Auf dem Gebiete der Verteilung sind Mängel vorhanden. Der Schleichhandel und die Hamsterpolitik durchkreuzen die behördlichen Maßnahmen. Es muß versucht werden, die Zustände zu bessern, und es geschieht auch alles, eine Besserung herbeizuführen. Die Hauptschwierigkeiten liegen allerdings im Kriege und seinen Folgen, und diese sind jetzt nicht zu beseitigen. Müßten wir einen Hungerfrieden schließen, dann wären die Opfer an Gut und Blut umsonst gebracht. Wir müßten noch die Schulden der feindlichen Länder decken, würden Gebiet verlieren und ein armes Bettelvolk werden, das Frondienste für andere leisten muß. Was unser Kaiser für den Frieden tun konnte, hat er getan. Jetzt müssen wir durchhalten, bis unsere Feinde einsehen, daß Deutschland nicht niederverzuringen ist.

Was die deutsche Arbeiterschaft vom Friedensschluß erhofft, hängt von dem Ausgang des Krieges ab. Nur einige grundsätzliche Forderungen sollen aufgestellt werden, die unbedingt erfüllt werden müssen. Eine freie Entwicklungs- und Betätigungsmöglichkeit des deutschen Volkes. Das ist der Ausgangspunkt. 1870 haben wir gekämpft um die Gleichberechtigung Deutschlands in Europa; heute kämpfen wir um die Gleichberechtigung in der Welt. Wir wehren uns dagegen, daß der Diktator gewalttätig niedergebügelt wird. In wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht müssen wir uns frei betätigen können. Wir erhoffen ein besseres gegenseitiges Verhältnislernen im Innern. Der Klassen- und Kastengeist muß zurückgedrängt werden. Der Gegensatz zwischen Gebildeten, Besitzenden und Minderbemittelten, der nirgends so groß ist wie in Deutschland, muß verschwinden. Auch in internationaler Beziehung müssen wir uns besser verstehen lernen. Hier wie auf politischem Gebiete ist ein Neben- und ein Miteinanderarbeiten anzustreben. Wir erhoffen die Gleichberechtigung der Arbeiter in Staat und Wirtschaft. Hierzu gehört vor allem eine Reduzierung des Wahlspruchs in Staat und Gemeinde. Der im Schlagschatten verachtet ist, darf nicht in die dritte Klasse, und wer zu Hause Kriegsgewinn gemacht hat, nicht in die erste Klasse kommen. Dem Schulwesen

und mehr Aufmerksamkeit genötigt werden. Weitere Schritte müssen nach an den Ergebnissen der Bildung teilnehmen können. Wir erhoffen eine soziale Ausgestaltung der Staatsmaschinerie in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung. Die gewerkschaftlichen Arbeiterverbände müßten ebenso wie Bauernvereine, Industriellenverbände usw. durch Staat und Gesellschaft anerkannt werden. Notwendig ist öffentlich-rechtliche Vertretung der Arbeiterschaft in öffentlichen Gebilden wie Handwerkskammern, Landwirtschaftskammern usw. Ein gesetzliches Einigungsrecht ist zu schaffen und auszubauen, die Erzeugnisse im Wirtschaftsgebiet müssen erhalten bleiben. Die Ausbildung des Arbeiterrechts hat mit der Entwicklung nicht Schritt gehalten; es bedarf daher einer Ausgestaltung und Zusammenfassung.


Was haben wir in der Gesetzgebung schon einigen Einfluß und erkämpft. Aber in Rechtsprechung und Verwaltung hätte der Arbeiter kaum etwas zu sagen. Auch hier muß der Hebel eingesetzt werden. Recht Schutz der heimischen Arbeiter gegenüber den Ausländern, ist eine weitere Forderung, die erfüllt werden muß. Die Steuerpolitik muß nach sozialen Gesichtspunkten betrieben werden. Das Reich muß sichere Einkommensquellen haben, damit wir nicht alle paar Jahre von der Notwendigkeit einer Finanzreform stehen. Große Aufgaben stehen uns bevor auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und auf dem Gebiete der Wohnungszufuhr, was Neben im einzelnen berichte.

In seinem zweifelhafteu Referat zeigte Stegerwald, wie und wo wir zurzeit stehen, und was die Arbeiterschaft vom neuen Deutschland erwartet. Später wurden Einzelforderungen aufgestellt werden müssen. Jetzt sei die Hauptaufgabe, alle Kräfte anzuspannen, daß der Krieg gewonnen wird und wir bald ein neues Deutschland bekommen. Vom Ausgang des Krieges hängt alles ab. Das gesamte Volk, und besonders die Arbeiterschaft, ist an einem guten Ausgange interessiert. Starke nach außen, geschlossen und einig im Innern müßten wir jetzt sein und durchhalten bis zu einem Deutschlands Zukunft und Unabhängigkeit stehenden Frieden.

Verbandsnachrichten

Verwaltungsstelle Wittenstein. Am Sonntag, den 14. Januar, fand hier eine gutbesuchte Versammlung statt. Jeder Kollege war wohl von dem guten Besuch ungenügend überrascht. Das Interesse an dem Vaterländischen Hilfsdienstgesetz, über welches Kollege Dieblich sprach, hatte die Kollegen herbeigeführt. Kollege Dieblich berichtete, daß, wie am 13. Dezember das deutsche Reichsamt in die Welt hinausging, wir wohl alle die Hoffnung gesetzt hätten, daß nun diesem furchtbaren Völkerverderber bald ein Ziel gesetzt würde. Die Antwort unserer Gegner hätte uns aber in die rauhe Wirklichkeit zurückgeworfen und gezeigt, daß Deutschland sich noch zu einer größeren Kraftanstrengung aufraffen muß, wenn dieses blutige Kampf möglichst bald zu einem glücklichen Ende für Deutschland geführt werden soll. Aus diesem Grunde sei auch das Vaterländische Hilfsdienstgesetz geschaffen, und bedeutet das Gesetz eine neue Kraftquelle Deutschlands. Durch das Gesetz sollen die vorhandenen Arbeitskräfte besser ausgenutzt und die noch brackigsten Kräfte herangezogen werden, nebst möglicher Einstellung aller vorhandenen Betriebe für die Kriegführung. Soweit die Betriebe nicht für die Kriegführung dienstbar gemacht werden können, sollen sie, soweit es irgend geht, stillgelegt werden. Damit wird auch die Privatwirtschaft bedauernd eingeschränkt werden. Insbesondere im Hiebsaufgabebiet die Bauwirtschaft festgesetzt wird, läßt sich heute noch nicht übersehen. Jedoch wird sie nicht ganz eingestellt werden. Was sich aber davon abhängen, wieviel Arbeitskräfte überhaupt einbezogen werden können, um sie für den Kriegsdienst zu verwenden. Die Arbeiter dürften sich nicht nur auf die Beschäftigung der Wirtschaftsgebäude und der unterirdischen Wohnstätten beschränken. Die Wirtschaftskräfte sind aber zum großen Teil wiederzuerwecken, und ist auch der Wohnungsbau schon rege geworden. Von den jährlich 63 000 Gebäuden sollen sich ein Drittel, das sind ungefähr 11 000 Gebäude, schon wieder errichtet worden sein, so daß auch die Wohnungsbau schon eine bedeutende Sinderung erfahren hat. Auf jeden Fall darf wohl mit einem starken Rückgang der Bauwirtschaft gerechnet werden. Für die Bauwirtschaft können daher künftig in erster Linie die Arbeiter an Baustellenarbeiten, sonstigen militärischen Diensten und die Arbeiter in Kriegsbetrieben in Frage kommen. Die Bauarbeiter bei diesen Arbeiten sind alle Beschäftigung, werden sie sich eben in anderen Betrieben Arbeit finden müssen. Bei der Suche nach Arbeit außerhalb des Bereiches ist aber vor allem Dingen genaue Festlegung nach den Regeln und den Arbeitsbedingungen notwendig, um keine Enttäuschung zu erleben. Geben wir diese Regeln nicht, so werden wir in der Lage sein, die Arbeiter zu verlieren, und werden wir in der Lage sein, die Arbeiter zu verlieren, und werden wir in der Lage sein, die Arbeiter zu verlieren.

betont, daß die Bestimmungen unter das Hilfsdienstgesetz fallen. Wir sollten hierauf unsere Kollegen besonders aufmerksam machen, daß sie sich mit der Drohung des Entlassens von Seiten der Arbeitgeber nicht einschüchtern lassen, dadurch ihre Rechte preisgeben und ihre Verbindlichkeiten vernachlässigen. Es ist nicht Sache des Arbeitgebers, wenn jemand in den Schlingengraben soll, sondern das bestimmt die Militärbehörde allein. Derartige Drohungen waren besonders bei einer Firma in Altschönau auf der Tagesordnung. Hervorgehoben wurde weiter die Aktivierung des Arbeiterorganisations bei der Schaffung des Gesetzes und seiner Durchführung. Die Arbeiterorganisationen haben dadurch an Wertzuwachs bei der Registrierung und an Bedeutung für den Arbeiterstand gewonnen. Das sollen wir als Angehörige der Organisation besonders zu wahren wissen und danach unsere gewerkschaftlichen Pflichten und Arbeiten einstellen. Eine Neubewertung des gewerkschaftlichen Wertes ist erforderlich und überall dort an der Stärkung des Verbandes zu arbeiten, wo die Möglichkeit gegeben ist. Zum Schluss forderte Kollege Dieblich die Kollegen auf, sich noch mehr in die Bestimmungen des Gesetzes zu vertiefen, an der Durchführung regen Anteil zu nehmen und die Vorschriften genau zu beachten. Die heutige Zeit ist inhaltlich zwar auch für den deutschen Arbeiter. Wir haben Vaterlands- und Heimatstolz genug, um gerade jetzt, wo es sich um das Wohl und die Zukunft des deutschen Volkes dreht, all die Opfer zu bringen und Entbehrungen zu tragen, die der Krieg uns auferlegt. Wir hoffen, daß dadurch der Krieg zu einem raschen, für uns siegreichen Ende geführt werden kann, mit der Gewissheit, daß im künftigen Frieden auch dem deutschen Arbeiterstande eine bessere Zukunft künftigen unserer Volksgemeinschaft gesichert wird.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Christian Michel aus Nieder-Dieten. Zahlstelle Stogen.

Hermann Dahlhaus. Zahlstelle Weba.

Bernhard Flachböcker.

Heinrich Potthoff.

August Töbren.

Heinrich Wehring.

August Sitthoff. Verwaltungsstelle Osabrück.

Nikolaus Schmitz aus Gih. Verwaltungsstelle Aabernach.

Raspar Perings. Zahlstelle Neuf.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 3. Januar starb unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle Felix. Er starb im Alter von 55 Jahren an Blutvergiftung. Zahlstelle Wittenstein.

Am 10. Januar starb unser langjähriges treues Mitglied Karl Gault im Alter von 31 Jahren während der Berufstätigkeit an Herzschlag. Zahlstelle Gortmann.

Ehre ihrem Andenken!

Verwaltungsstelle Danzig. Am Sonntag, den 7. Jan., fand nachmittags in Joppot und abends in Oliva eine Versammlung statt; begleiteten am Montag in Danzig. In allen drei Versammlungen sprach Kollege Dieblich über das Vaterländische Hilfsdienstgesetz. War die Versammlung in Joppot einigermaßen besetzt, so war dieses in Oliva und Danzig nicht der Fall. In Anbetracht der Wichtigkeit des Vortrages wurde dies allgemein bedauert. Ist auch der gewerkschaftliche Geist bei den Kochs- und Vertrauenskollegen ein guter und die Eifer für den Verband ersichtlich, so zeigt aber doch der Versammlungsbesuch, daß bei den meisten übrigen Mitgliedern das Verbändinteresse sehr lahm ist. War auch die Zahl der Mitglieder durch ihre Beschäftigung auf den Werken zurückgegangen, so war aber doch gerade für Oliva die Versammlung so festgelegt, daß auch die meisten Kollegen, welche auf den Werken arbeiten, hätten erscheinen können. In Danzig sind es ganz besonders die Arbeiter und Arbeiter, welche die wichtigste Teilnahme an den Versammlungen und auch am Sonntag gewerkschaftlichen Leben beibringen, während in den Hauptorten noch mehr Zeit fehlt. Hier muß wieder eine andere Werbung einstricken. Das Versammlungsleben muß mal wieder belebter werden, denn mit der Verhängung aller ist es nicht getan. Die Kochs- und Vertrauenskollegen müssen ihren Geist auf die Mitglieder übertragen und mit fortwährender zu mehr Schwere. Eine lebendige Kraft für den Verband ist auch die Persönlichkeit zu erwecken. Das ist die Aufgabe, welche wir vor uns haben. Wir müssen uns bemühen, die Arbeiter zu gewinnen, und werden wir in der Lage sein, die Arbeiter zu gewinnen, und werden wir in der Lage sein, die Arbeiter zu gewinnen.

der Durchführung und Überwachung des Gesetzes einnehmen. Hier wird jedem einzelnen Arbeiter zum Bewußtsein gebracht, daß ohne die Arbeiterorganisationen bei der Durchführung solcher großer Fragen die Rechte des Arbeiters nicht genügend gewahrt werden können. Es ist eben ein Unglück, daß dem einzelnen Arbeiter kann man bei der Lösung solcher großer Fragen nicht verfahren. Dazu bedarf es der berufenen Organe des Arbeiterverbandes. Diese sind eben die Arbeiterorganisationen. Darüber sollte sich jeder Kollege einmal gründlich klar werden und daraus aber auch die notwendigen Lehren ziehen. Die Lehren weisen nachdrücklichst darauf hin, daß, wenn die Arbeiterorganisation die einzige Stelle ist, von der aus die Arbeiterinteressen gewahrt und vertreten werden können, an der Stärkung derselben ständig gearbeitet werden muß, damit eben die Organisation bei der Lösung künftiger Fragen unsere Interessen noch erfolgreich vertreten kann. Wenn wir diese Lehre beherzigen, dann können wir auch unsere Pflicht und werden sie erfüllen. Jetzt bei der Durchführung des Gesetzes gilt es vor allem Dingen, sich mit den Bestimmungen vertraut zu machen, um im Interesse des Volksganges an der Durchführung mitarbeiten zu können. Dann aber auch, wie man unter dem Gesetze seine eigenen Rechte zu wahren und an welche Stellen man sich bei Beschwerden zu wenden hat. Bei Unklarheiten hat man sich in erster Linie an seine Organisation zu wenden. Dort ist die Stelle, von der Auskunft gegeben wird. Wenn heute bei den Kollegen noch so viel Unklarheiten vorhanden sind, dann haben sie selbst Schuld, weil sie die „Gewerkschaft“ nicht lesen und die Versammlungen nicht besuchen. Von beiden Stellen ist das Gesetz ausführlich behandelt und wird es noch immer. Drum mehr Teilnahme an den Verbandseinrichtungen. Bei der Durchführung des Gesetzes heißt es aber auch, sich willig den Bestimmungen zu unterwerfen. Das Gesetz ist geschaffen aus einer tiefen Notwendigkeit heraus, damit dieser furchtbare Krieg möglichst schnell zu einem für uns siegreichen Ende geführt werden kann. Daran haben auch wir Arbeiter das größte Interesse. Tragen wir daher dem Gesetze der Zeit Rechnung. — In der Versammlung in Joppot wurde noch beschlossen, daß sich die Zahlstellen vom 1. Januar ab wieder dem Danziger Kartell anschließen und Beiträge zahlen. Kollege Joppot wurde für alle drei Zahlstellen als Delegierter gewählt. — In Oliva konnte diese Frage nicht erledigt werden, weil die Versammlung zu schlecht besucht war. Es wird aber auch dort notwendig sein, daß möglichst bald der Arbeiterbeitritt zum Kartell beschlossen wird. Die Arbeit in den einzelnen Zahlstellen, ganz besonders auch in den folgenden Zeit.

Lawertin a. O. Am Sonntag, den 7. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Da vor kurzem unser Vorsitzender, Kollege Reumann, einbezogen worden ist, erwählte der Kassierer, Kollege Scheunemann, die Sitzung. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung tabelte derselbe die Bauheit und Gleichgültigkeit der nichterschienenen Kollegen. Da wichtige Fragen zu verhandeln sind, so wäre es Pflicht gewesen, daß alle Kollegen zu dieser Versammlung erschienen wären. Die Kollegen sollten doch bedenken, daß mit dem Zahlen der Beiträge unsere Pflichten gegenüber der Organisation noch nicht erfüllt sind. Der hierauf folgende Kassenbericht ergab, daß alle Kollegen ihre Beiträge vollbezahlt haben. Die Kassenkasse hatte eine Einnahme von 484,83 M. und eine Ausgabe an Krankengeld von 61,70 M. Die Lokalkasse hatte einschließlich des Bestandes vom vorigen Jahre eine Einnahme von 298,31 M. und eine Ausgabe von 199,66 M. 168,65 M. blieben als Bestand. Da niemand gegen den Kassenbericht etwas einzuwenden hatte, so stellte der Kassierer den Antrag, daß in diesem Jahre die Kollegen, welche die niedrigste Beitragssumme von 65 Pf. bezahle, 5 Pf. Bonuszulage zu zahlen haben, damit davon die Ausgaben für den Hauskassierer bestritten werden. Dieser Antrag wurde angenommen. Die nunmehr stattfindenden Vorstandswahlen ergaben folgendes Resultat: Als Vorsitzender wurde Kollege Franz Leichert gewählt; als Kassierer verblieb Kollege Joseph Scheunemann; als Schriftführer wurde Kollege Joseph Kaiser und als Hauskassierer Kollege Johann Freier gewählt. Kollege Müller aus Rosen hielt darauf einen Vortrag über das Vaterländische Hilfsdienstgesetz. Derselbe besprach folgende Punkte: 1. War die Einführung dieses Gesetzes notwendig? 2. Was ist vaterländischer Hilfsdienst? 3. Wie erfolgt die Heranziehung zu diesem Dienst? Zum Schluß zeigte und besprach noch die Aufgaben, welche die Gewerkschaften bei der Durchführung des Gesetzes zu erfüllen haben. Möge jeder Kollege jetzt in der schweren Zeit treu und gewissenhaft seine Pflicht erfüllen, damit auch die Organisation über den Krieg hinaus lebensfähig bleibt. Nach einer kurzen Aussprache konnte die gutverlaufene Versammlung geschlossen werden.

Bücherchau

Das Jahrbuch der Deutschen Arbeit enthält Aufsätze von Dr. Leo Schering: Orientbühnen; Reichstagsabgeordneter Reder: Vaterländischer Hilfsdienst; Professor Dr. Heinrich Ermann: Die Nachkriegsfrage; Hans Wohlmannstetter: Die Ernährungsverhältnisse in den Industriegebieten; Heinrich Würup: Fachschulen und technisches Studium. Unter Rundschau schreibt Josef Nees über Sozialismus und Sozialdemokratie; Peter Scharf über Gewerkschaftsbewegung; Josef Bader über Arbeiter- und Unternehmerverbände; Paul Dehrendt über Städtische Stellungswesen und Georg Wiedel über Kunst.